



H

Antrag

an den

Oberbürgermeister der Stadt Heilbronn

Stadträtin/Stadtrat:

Susanne Bay

Fraktion/Gruppierung:

B90/Die Grünen

Datum: 22.9.2021

Stellungnahme der Verwaltung

- ☒ Behandlung gem. § 34 Abs. 1 Gemeindeordnung in dem nach der Hauptsatzung zuständigen Gremium (erforderliches Quorum: namens einer Fraktion oder 1/6 der Stadträtinnen/Stadträte)

Betreff: Anträge zu DS 245 Bebauungsplan Lichtenberger Straße

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

namens der Fraktion B90/Die Grünen stelle ich folgende Anträge:

Die Verwaltung tritt mit der ENBW in weitere Verhandlungen ein, um folgende Themen abzusichern:

1. Für das Heilbronner GuD wird ein strukturierter Gasvertrag abgeschlossen, in dem Fracking-Gas als Energieträger ausgeschlossen ist.
2. Es wird vertraglich festgeschrieben, dass die komplette Umstellung des Kraftwerks auf erneuerbare Energien spätestens 2035 erfolgt ist.
3. Die bis Ende 2023 verpflichtend zu erstellende kommunale Wärmeplanung wird unverzüglich vorgenommen. In ihr wird ein schnellstmögliches Ausstiegsszenario aus fossilen Energieträgern auch unter Einbeziehung der Hilfsdampferzeuger hinterlegt. Es wird vertraglich vereinbart, dass dies dann sofort umgesetzt wird.
4. Die Abluftreinigung der Hilfsdampferzeuger erfolgt wie beim Kraftwerk selbst nach dem neuesten Stand der Technik.



H Weiter beantragen wir, dass es keine grundsätzliche Abnahmeverpflichtung für Strom und Fernwärme aus dem GUD durch die Stadt und städtische Gesellschaften geben darf.

Begründung:

Wir Grünen begrüßen den Ausstieg aus der Kohlenutzung. Die Umstellung des Kohlekraftwerks auf Gas als Energieträger bewirkt zunächst eine Reduktion von Luftschadstoffen und Klimagasen.

Allerdings handelt es sich bei Gas ebenfalls um einen fossilen Energieträger. Deshalb ist es im Sinne der Energiewende von entscheidender Bedeutung, dass der geplante - mit großen Investitionen verbundene - Umstieg von einem fossilen Energieträger zu einem anderen fossilen Energieträger die Energiewende nicht ausbremst. So darf auch die bereits im Klimaschutz-Masterplan hinterlegte Wärmeversorgung aus regenerativen Quellen nicht verzögert werden.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

Susanne Bay

Unterschrift